

# Dresdner Volkszeitung

Verlag: Dresden  
Soban & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Verlag: Sächs. Staatsb.-Verlag, Dresden  
Verfasser: Arbeiter, Angestellte  
und Beamten, R.-G., Dresden,  
Verleger: Soban, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Der Inhalt von Zeitungen hienzuweiser Art ist es durch oder ohne Einfluß anderer Personen, bei der Besichtigung der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Rückzahlung der Zeitung.

Abonnementspreis: Einmalig 1,20 M. jährlich 12 M. Einzelnummer 10 Pf.  
Telegraphische Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Steinweg Nr. 25/26. Sprech-  
stunden nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr.  
Schickung: Steinweg Nr. 25/26 und 12/27.  
Schickung von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Einzelnenpreis: Grundpreis: die 30 mm breite Monatszei-  
tung 1,20 M., die 90 mm breite Monatszei-  
tung 2,40 M., die 120 mm breite Monatszei-  
tung 4,80 M., die 150 mm breite Monatszei-  
tung 7,20 M. Familienabonnements: Dresden-  
landschaft 40 Proz. Rabatt. Für Fernlieferung 10 Pf.

Nr. 226

Dresden, Mittwoch den 26. September 1928

39. Jahrg.

## Das Kapital diktiert

### Wortbruch des tschechischen Bürgerblocks

Von welchem deutschen Mitarbeiter in  
Straßburg und Gießen:

Jahres wieder haben deutsche und tschechische Sozialdemokraten die Arbeiter in den Kampf geführt gegen den tschechisch-österreichischen Bürgerblock, der nun schon zwei Jahre lang den Staat beherrscht, ihn sich dienstbar gemacht hat, als Mittel zur Steigerung der Unternehmergewinne bedient.

Kampf gegen die Einführung von Wucherzinsen, gegen eine kapitalistische Steuerreform, gegen die Erhöhung indirekter Steuern, gegen die reaktionäre Verwaltungsreform — überall waren alle Anstürme der Arbeiter, der Bürgerblock ließ sich nicht einschüchtern, denn es waren nur die organisierten Sozialdemokraten, die in Versammlungen und Demonstrationen aufmarschierten.

Dann kam die Novelle zur eben in Kraft getretenen Sozialversicherung. Eine Novelle, die durchwegs Verbesserungen bringen sollte. Sollte! Denn nun gelang es der sozialdemokratischen Agitation, auch in die Reihen der christlichsozialen Arbeiter einzudringen. Verdrängung der Sozialversicherung — das machte auch die tschechischen Arbeiter fertig. Sie rebellierten gegen ihre Partei. Und die deutschen Christlichsozialen und die tschechisch-katholische Volkspartei, anfänglich bereit zu jeder Verschönerung, die Agrarier und Kapitalisten wünschten, wurden nun fertig. Sie konnten sich nicht mehr auf ihre Unwissenheit verlassen! Bei den Gemeinderatswahlen im Oktober 1927 lief ihnen ein Drittel der Wählerkraft davon. Und nun kamen die Verluste des Zentrums bei den Reichstagswahlen — und nun kamen die Verluste der Sozialdemokraten, welches Schicksal befürchtend, plötzlich ein, waren sie Verhandlungen mit der Opposition zugänglich.

In langem und zähem Ringen, in vielmonatigem Verhandeln gelang es, während die Arbeiter in tausend Versammlungen und in Straßenkundgebungen demonstrierten, viele der geplanten Verschlechterungen abzuwehren, anderen bösen Anschlag zu mildern und sogar einige materielle Vorteile für die Versicherten zu erzwingen. Der bewährteste war die Einführung einer neuen Versicherungsart mit einem höheren als dem bisherigen Prämienfuß von 26 Kronen täglich. Das sind ungefähr 3,25 Mark. Der sozialpolitische Ausschuss nahm diesen Antrag der tschechischen Sozialdemokraten an, der Budgetausschuss stimmte zu. Mit den Stimmen der Bürgerlichen wurde dieser Antrag angenommen. Er war eine Vereinbarung zwischen Mehrheit und Opposition.

Aber bei der Endabstimmung über die Sozialversicherung, in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend, kam es plötzlich ein bürgerlicher Antrag auf, diese neue höhere Versicherungsart nicht einzuführen. Das ist Wortbruch! Von den Vätern der Sozialdemokraten lag der Antrag auf — und dann trummelten die Hände auf die Tische, trachten die Vulturedel, flogen Aktienbündel gegen die Ministerbänke, brach ein Sturm los, wie ihn dieses anstimmende Zwischenfall überreichte Parlament kaum je erlebt. Was war geschehen?

Der tschechisch-deutsche Industriellenverband hatte seinen Sekretär, den Herrn Dr. Kodatich, ins Parlament geschickt, und dieser hatte dem Wähler-Ausschuß der Reichsversammlung, der „Osmittsba“, die die eigentliche Regierung des Staates ist, knapp und kurz erklärt, daß die Verbesserung durch Einführung der neuen Versicherungsart für die Industrie „untragbar“ sei — ja, und da war dem Industriellen natürlich nichts anderes übrig geblieben, als dem Wähler der Industriellen zu folgen, und sie vor dieser Verschlechterung — es handelt sich um höchstens eine Million Mark im Jahre — zu bewahren. Ohne Wortbruch war das aber nicht möglich — aber was bedeutet ein den Sozialisten gegenüberes Wort, wenn es den Unternehmern nicht paßt!

Wegen die Angst vor dem Wählerverlust konnte die Reichsversammlung nicht überreden. Schlimm, ein paar zehntausend Wählerstimmen verlieren — aber noch schlimmer, was hätte man ja zunächst abwehren. Im November 1927 endlich die Wahlen in die Bezirks- und Landesversammlungen stattfinden. Aber es ist sehr wahrscheinlich, daß die Wählerstimmen nicht wieder eine Novelle in der Verwaltungsreform beschließen, mit der die tschechischen Sozialdemokraten die Begründung ist einfach: im Oktober wird das Jubiläum des zehnjährigen Bestandes der tschechisch-österreichischen Republik gefeiert. Der Beginn des zehnjährigen Bestandes würde die Entrückung des tschechischen Volkes aus der Würde der Kette lösen.

Aber die tschechische Bourgeoisie hat durch die Schändlichkeit die sie in Gemeinschaft mit ihren deutschen Klassen- und politischen Bundesgenossen verübt, selber davon überzeugt, daß in den Arbeitermassen die Jubiläumstimmung gründlich zerstört wurde. Die tschechischen Arbeiter erinnern sich noch daran, daß sie die Republik als eine sozialistische Republik bauen wollten!

Und taucht auch noch in mancher sozialdemokratischen Rede das Wort „Republika“ — unsere Republik — auf, so lehrt doch jede Tat des Bürgerblocks, lehrt die über das Land flutende Leuerungselle, lehrt das Treibenwerden der Reaktion die Arbeiter täglich aufs neue, daß diese Republik, die sie geschaffen haben, der sie ihre ganze Liebe geben und deren Werden sie mit so überdringlichen Hoffnungen begleiteten, eine Bourgeoisie-Republik geworden ist. „Unsere Republik“ — das können mit wirklicher Berechtigung nur noch die Kapitalisten sagen, die tschechischen und die deutschen.

Der schändliche Wortbruch des Bürgerblocks wird sehr weittragende Folgen haben. Das wird sich schon bei der Behandlung der Sozialversicherungsfrage im Senat zeigen — das zeigt sich in der Erbitterung der Arbeiter — das wird sich wohl auch am 28. Oktober zeigen. Es ist kaum möglich, daß tschechische Bürgerpartei und Sozialdemokraten gemeinsam zur Feier des zehnjährigen Bestandes der Republik aufmarschieren. Schon ist im Lager der tschechischen Sozialdemokraten der Gedanke aufgetaucht, nicht am Tage der Staatsgründung zu feiern, sondern am 11. Oktober, dem Jahrestag der ersten revolutionären Demonstration der tschechischen Arbeiter, die eine Demonstration für die sozialistische Republik war.

Die nationalstaatlichen Rebell verfliegen, die nationalen Bindungen zerreißen — die tschechische Bourgeoisie selber zerstückt alle Volksgemeinschafts-Illusionen und lehrt die tschechischen Arbeiter, zurückzuführen zum internationalen Klassenkampf.

## Neue Enthüllungen

### Geheimabkommen auch über Luftwaffen?

S. London, 26. September. (Fig. Junf.) Die Behauptungen über den Abschluß des geheimen englisch-französischen Luftabkommens verbreiten sich. Es wird mit Bestimmtheit betont, daß das Luftabkommen mit dem Geheimabkommen in innigem Zusammenhang steht. Frankreich habe zugestimmt, die Konstruktion der geplanten Serie von Luftschiffen längs der französischen Kanalküste aufzugeben. Großbritannien habe dafür im Gegenzug das Zugeständnis an Frankreich hinsichtlich des Saues von kleinen Unterseebooten gemacht. Der Daily Telegraph erklärt sogar, Frankreich habe in diesem Luftabkommen Großbritannien die Zulassung gegeben, der englischen Luftflotte die Benutzung der an der deutschen Grenze Frankreichs gelegenen Luftstützpunkte zu gestatten, falls jemals ein Kriegszustand zwischen England und Deutschland eintrete. Dadurch würde ein Vorkriegszustand der deutschen Luftflotte auf die englische Hauptstützpunkt rechtzeitig durch eine britische Gegenoffensive abgebrochen werden können.

## Die Sicherheit bei der Reichsbahn

Berlin, 26. September. (Fig. Funkpruch)

Der zur Prüfung der Verkehrssicherheit der Reichsbahn eingeleitete Untersuchungsausschuß hat seine Arbeiten beendet und gibt folgendes Schlussergebnis bekannt:

Die Betriebssicherheit auf der deutschen Reichsbahn erweist sich nach dem Gesamtergebnis der Untersuchungen des Ausschusses in einem Maße gewährleistet, wie es billigerweise von einem öffentlichen Verkehrsunternehmen verlangt werden kann. Die Voraussetzungen, von denen die Reichsbahn-Gesellschaft ausgeht, um eine sichere Betriebssicherheit zu erzielen, entsprechen dem auf dem Gebiete des Eisenbahnbaus und Betriebes herrschenden neuzeitlichen Anforderungen. Die Mittel, die für die Erfüllung dieser Voraussetzungen anzuwenden sind, sind richtig gewählt, auch wenn sie in manchen Einzelheiten verbesserungsfähig sind. Der Ausschuss muß dabei ganz allgemein anerkennen, daß die Reichsbahn-Gesellschaft trotz den schwierigen Verhältnissen in der Nachkriegszeit sehr große Anstrengungen gemacht hat, um in erster Linie ihren technischen Apparat in betriebsfähigerem Zustande zu erhalten. Von einem Systemfehler in der Betriebssicherung, der eine akute Lebensgefahr in sich schließen könnte, kann daher allgemein nicht gesprochen werden. Im Anschluß an die Zukunft diese Betriebssicherheit in weitgehendem Maße zu gewährleisten, hat der Ausschuss in einer Denkschrift, die dem Herrn Reichsverkehrsminister überreicht wird, Anregungen gegeben.

Die Generaldirektion der Reichsbahn kann mit diesem Beschlusse des Untersuchungsausschusses zufrieden sein. Es ist nur sehr bedauerlich, daß man nichts Näheres darüber erfahren, wie dieser Beschlusse zustande gekommen ist. Vor allem müßte man wissen, ob er einstimmig gefaßt wurde.

Die Bevölkerung wird trotz diesem Beschlusse nicht so leicht zu glauben bereit sein, daß bei der Reichsbahn alles geschieht, um Unfälle zu vermeiden. Die Häufung von Eisenbahnunfällen in den letzten Monaten läßt die Zweifel an der Zuverlässigkeit der Sicherheitsvorrichtungen bei der Reichsbahn nur allzu berechtigt erkennen. Wie aus der oben wiedergegebenen Meldung hervorgeht, hat der Ausschuss dem Reichsverkehrsminister in einer Denkschrift „Anregungen“ gegeben, durch deren Befolgung die Sicherheit bei der Reichsbahn noch erhöht werden soll. Offenbar wird der Inhalt dieser Denkschrift bekanntgegeben, damit die Öffentlichkeit nachprüfen kann, ob die in dieser Denkschrift enthaltenen Anregungen bei der Reichsbahn auch befolgt werden.

## Die Anklage in Genf

Deutschland fordert Abrüstung — Frankreich jongliert mit „Sicherheit“ — England verzieht!

T. Genf, 26. September. (Fig. Deutsh.)

Die Dienstleistung des Völkerbundes stand unter dem Schatten des verhängenen Krieges. Sowohl bei der Behandlung der Abrüstungsfragen, die eine unzureichende Entscheidung fanden, als auch bei der großen

Auseinandersetzung über den Bericht der Abrüstungskommission

warf der vergangene Weltkrieg seinen düsteren Schatten über die Verhandlung.

Genf erstattete dann Bericht über den Stand der Abrüstungsarbeiten und legte der Versammlung eine Entschädigung vor, die eine Tagung der Sonderkommission der Abrüstungskommission für Anfang 1929 vorsieht. Ungarn ließ erklären, daß die vorliegende Resolution nicht die geringste Doffnung auf die Erfüllung der Abrüstungsversprechen gebe. Die Resolution erwähne auch nicht einmal die Einberufung einer ersten Konferenz zur Überwachung und Begrenzung der Abrüstungen. Ungarn müßte sich daher, um seiner Entschädigung Ausdruck zu geben, seiner Stimme enthalten. Es folgte die große

### Rede des Grafen Bernstorff

vom Hauke mit atemloser Spannung verfolgt. Bernstorff führte aus: „Die deutsche Delegation bedauert außerordentlich, mit ihrem Antrage in der dritten Kommission nicht durchgedrungen zu sein. Es ist nicht angönig, das schließende Tempo der Genfer Verhandlungen irgendwie mit dem Hinweis auf die Zeitdauer in Verbindung bringen zu wollen, die die Durchführung der deutschen Entwaffnungsverpflichtungen in Anspruch genommen hat. Ende Januar 1921 war die Zahl der deutschen Reichswache auf 100.000 Mann herabgesetzt. Zwischen im Sommer 1922 war die vorgeschriebene Reduzierung der deutschen Flotte vollzogen. Bis Ende 1922 war die vertragmäßig vorgeschriebene Reduzierung und Ablieferung von Waffen und Munition zu 95 Prozent erfolgt. Damit war

die Abrüstung in allen Kardinalpunkten durchgeführt.

Es ist ebenfalls richtig, daß die Mitteln Deutschlands auch heute noch einen militärischen Charakter darbieten, der bei der Beurteilung der internationalen Lage in Betracht zu ziehen ist. Deutschland besitzt keine schwere Artillerie, keine Tanks, keine militärischen Luft-

flotten. Es fehlt ihm jede Reserve an Material und Munition. Der Bestand an ausgebildeten Mannschaften wird von Jahr zu Jahr geringer. Deutschlands Kriegsinstrumente sind veraltet, es würde vieler Monate bedürfen, um neue Mannschaften militärisch auszubilden und noch viel länger dauern, um eine selbst noch entwickelte Friedensindustrie auf die Bedürfnisse des Krieges umzustellen. Es kann vom deutschen Volke nicht anders als mit bitterer Empfindung empfunden werden, wenn man die lokal durchgeführten Entwaffnungsverpflichtungen in ihrer außerordentlichen Tragweite erkennt oder sogar so weit geht, Deutschland seine Beherrschung vorzugewinnen, die ihm durch den Versailler Vertrag auferlegt ist, und daß man

### riedliche Wiederaufbauarbeit als Argument gegen uns benutzt.

Wir können nur immer wieder auf den Gedanken hinarbeiten, daß zur Verhütung der Sicherheit nichts mehr beitragen kann als der Beginn der allgemeinen Abrüstung selbst.

Wir können auch nicht zugeben, daß die vorbereitende Abrüstungskommission lediglich dazu da sei, eines Tages die zwischen den Staaten bereits durch die Vereinbarung herbeigeführten Selbstverpflichtungen sollten andere Anträge keineswegs in schwebende diplomatische Verhandlungen störend eingreifen.

Es kommt ganz allein darauf an, daß man mit dem positiven Willen zu wirksamen Maßnahmen an das große Problem herangeht, und gerade wir hätten gewünscht, diesen positiven Willen mit Kraft und Inertheit in der Resolution der 9. Vollversammlung ausgedrückt zu haben. Man sollte nur einmal die zahlreichen Resolutionen der Bundesversammlungen aus den letzten Jahren hinterzucken, ablesen, und man würde ein schmerzliches Bild vor sich haben. Man müßte der Welt feststellen, daß

die heutige Resolution nicht nur keinen Fortschritt bedeutet, sondern daß in ihr viel eher ein Gerinnen des Willens zu energischen Schritten erkennbar wird.

Von der Einberufung einer ersten Entwaffnungskonferenz in der Resolution überhaupt nicht mehr die Rede. Statt dessen konnte man glauben, daß die weitere Behandlung der Abrüstungsfrage in erster Linie diplomatischen Verhandlungen überlassen bleiben soll. Warum geht man nicht selbst daran, seit unruhigen Grundzüge für die Abrüstungsarbeiten aufzufassen? Man rehet von